

BI und Menke wollen über Halde reden

Wirtschaftsminister regt runden Tisch mit Gegnern und Betreibern der geplanten Bauschuttdeponie an

Von Uwe Kranz

Ronnenberg. Knapp drei Monate nach dem Besuch des niedersächsischen Wirtschaftsministers Bernd Althusmann an der örtlichen Kalihalde hat die Ronnenberger Bürgerinitiative (BI) Bauschuttdeponie – Nein Danke! Post aus Hannover bekommen. Der Inhalt verbreitet aber keine reine Freude bei der BI und der örtlichen Politik.

Zwar hat Althusmanns Initiative bei den Unternehmen Solvay und Menke Umwelt Service Ronnenberg die Bereitschaft geweckt, an einem runden Tisch teilzunehmen. Gleichsam teilte der Minister den Ronnenbergern aber auch mit, dass die Firma an ihrem Plan, die Halde mit Bauschutt abzudecken, festhalten will. In einer nach eigener Aussage mit der Ronnenberger Bürgermeisterin Stephanie Harms abgestimmten Mitteilung bezeichnet die BI dies als „keine gute Ausgangsbasis für einen konstruktiven und vertrauensvollen Dialog“.

Den Einsatz und das erzielte Ergebnis des Ministers stellen die Gegner der Bauschuttdeponierung als „einzigartig“ heraus. Offenbar nehme die Landesregierung die Sorgen und Ängste der Menschen in Ronnenberg ernst, heißt es. Die Haltung der beteiligten Firmen sieht die Initiative allerdings kritisch, da man dort „die Notwendigkeit einer vertrauensbildenden Maßnahme gegenüber der Bevölkerung von Ronnenberg offenbar so gar nicht“ sieht. Eine mögliche Schnittmenge zwischen den Haltungen beider Seiten sei deshalb nicht zu erkennen, da auch die BI nicht gewillt sei, von ihrer Ablehnung abzurücken. Sie befürchtet Belastungen durch Lärm, Staub und Schadstoffe über einen – je nach Zahl der täglichen Lastwagen – mehr als 20 Jahre währenden Zeitraum.

Trotz aller Enttäuschung über die



Die Firma Menke will auf der Kalihalde in Ronnenberg Bauschutt abladen (Bild oben). Im Oktober 2019 hat Minister Bernd Althusmann (Mitte) mit Anwohnern gesprochen, die sich gegen das Vorhaben wehren (Bild rechts). FOTOS: PRIVAT/UWE KRANZ

Position der Firmen kommt der Appell des Ministers bei der BI an. Die Mitglieder stimmen einem „Auftrittreffen im Januar oder Februar“ zu. Althusmann sieht in dem Prozess die Gelegenheit, den Sorgen und Belangen der Ronnenberger „maximales Gehör zu verschaffen“, wie er in seinem Brief schreibt. Man wolle nichts unversucht lassen, heißt es seitens der Bürgerinitiative. Allerdings sieht die BI in diesem Treffen nicht den Beginn von Gesprächen an einem runden Tisch, sondern „ausdrücklich

nur ein Sondierungsgespräch zur Beurteilung und Abschätzung der Sinnhaftigkeit eines anschließenden Dialogverfahrens“.

Neben einem neutralen Moderator sollen nach Ansicht der BI auch die Vorsitzenden der im Ronnenberger Rat vertretenen Fraktionen mit am Tisch sitzen. Das soll zu einer möglichst pluralistischen und ergebnisoffenen Betrachtung der Situation an der Halde führen. Bei der Lösungsfindung solle dann neben den Belangen des Bergrechtes und des



Umweltschutzes den Interessenslagen der betroffenen Bevölkerung eine herausragende Bedeutung eingeräumt werden, fordert die BI.

Sollten sich die Unternehmen auf diese Vorgehensweise nicht einlassen, „gehen wir von einer sehr kurzen gemeinsamen Tischzeit aus“,

prophezeit die Initiative. Viel Zeit scheint allerdings nicht mehr zu bleiben. Nach Auskunft des Ministeriums plant die Firma Menke für das zweite Quartal 2020 den Antrag für das vorbereitete Projekt beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie zu stellen.